SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Halbzeitbilanz: innere Entwicklungen in Iran unter Ahmadinejad

Kursawe, Janet

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kursawe, J. (2007). *Halbzeitbilanz: innere Entwicklungen in Iran unter Ahmadinejad.* (GIGA Focus Nahost, 7). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275623

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

Nummer 7
2007
4,- Euro
ISSN 1862-3611

NAHOST

Halbzeitbilanz: Innere Entwicklungen in Iran unter Ahmadinejad

Janet Kursawe

Vor zwei Jahren gewann Mahmud Ahmadinejad die neunten Präsidentschaftswahlen in Iran und übernahm am 6. August 2005 das Amt. Den Wahlsieg hatte er vor allem errungen, weil er seine Wahlversprechen auf innenpolitische und wirtschaftliche Missstände im Land ausgerichtet hatte.

Analyse:

Die internationale Aufmerksamkeit konzentrierte sich jedoch vorrangig auf die Außen-, Sicherheits- und Atompolitik unter dem neuen Präsidenten. Innenpolitische Entwicklungen wurden zunächst weitgehend außer Acht gelassen. Das außenpolitische Verhalten der iranischen Regierung ist aber sehr stark mit der innenpolitischen Dynamik verzahnt.

- Ahmadinejad stützt sich auf einen engen Zirkel an Vertrauten aus dem Kreis (para-) militärischer Einheiten und einer einflussreichen religiösen Schule, des Haghani-Seminars.
- Mit seinem dirigistischen Regierungsstil, erhöhter Repression und einer religiös-revolutionären Rhetorik hat er nicht nur Moderate, sondern auch viele Konservative (traditionelle wie radikale) gegen sich aufgebracht.
- Die wirtschaftliche Lage hat sich seit dem Amtsantritt weiter verschlechtert. Ahmadinejads Wirtschaftspolitik fußt auf populistischen Umverteilungsprogrammen, denen auf mittlere Sicht die ökonomische Basis fehlt.

Key words: *Iran, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Religionspolitik, Menschenrechte*

1. Der „Anwalt und Rächer der Entrechteten“

Mahmud Ahmadinejad ist im Juni 2005 bei den Präsidentschaftswahlen mit dem Slogan angetreten, „dem iranischen Volk die Einnahmen der Erdölindustrie auf den Tisch zu bringen“. Außer für die Umverteilung der Erdöleinnahmen machte er sich für die Bekämpfung der Korruption und die Förderung ländlicher Gebiete stark und versprach, dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen und die Löhne zu erhöhen. Zusammen mit seinen vordringlich an die unteren Bevölkerungsschichten gerichteten Wahlkampfparolen und dem entsprechenden Auftreten hat er sich das Vertrauen besonders dieser Zielgruppe erworben (Coville 2007).

Von Beginn seines Erscheinens auf der nationalen politischen Bühne an setzte Ahmadinejad auf nationalistische und solidarische Themen und gab den „barmherzigen Menschenfreund“, der nichts anderes im Sinn hat, als Gutes zu tun. Seine Nähe zum Volk hat er weiterhin ausgebaut: Er setzt auf Präsenz und Kontakt zu den Menschen. Dies offenbart sich unter anderem auf seiner Website[1], die er eigens als Plattform eingerichtet hat, wo ihm Fragen gestellt werden können. Seine Antworten kann dort jeder nachlesen. Er strahlt mit seinen populistischen Äußerungen das Gott- und vor allem das Selbstvertrauen aus, in der Lage zu sein, die sozioökonomischen Missstände im Land zu beheben.[2] Daher muss er sich an der Lösung dieser Probleme und seinen Wahlversprechen messen lassen.

2. Veränderungen der politischen Konstellationen

Als Mitglied der großen Koalition der Fundamentalisten E’telaf-e Bozorg-e Osulgarayan („Osulgarayan“ bedeutet übersetzt „Fundamentalisten“, „Prinzipienfeste“) lässt sich Ahmadinejad zunächst grob der Fraktion der radikalen Konservativen zuordnen (International Crisis Group 2007: 17). Diese Gruppe rekrutiert sich aus der Generation der heute 40- bis 50-Jährigen, die ihre politische Sozialisation während der Revolution (1979) und/oder im acht Jahre währenden Krieg gegen den Irak (1980-1988) durchliefen. Als ehemalige oder noch aktive Kader der Sicherheitsorgane haben sie enge Verbindungen zu den (para)militärischen Sicherheitskräften. Für sie bilden ihr tief verwurzelter Nationalismus, den sie im Kampf an der Front entwickelt haben, und die islamische Religion, in der sie die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme sehen, eine Orientierung gebende Einheit (Kursawe 2005). Ihre religiöse Grundorientierung steht dabei in keinem Widerspruch zu ihrer Neigung für die technischen und Naturwissenschaften. So finden sich unter ihnen auffallend viele Ingenieure, Naturwissenschaftler und Mediziner.

In Abgrenzung zu den meist klerikalen Revolutionsgewinnern, die die Führung des Landes bis 2002 dominiert hatten, kritisieren sie die wirtschaftlichen und sozialen Krisen des Landes, denen sie mit einer Rückkehr zu den wahren Idealen der Revolution begegnen wollen. In dieser Ausrichtung bezeichnen sie sich bewusst als so genannte „Neokonservative“. Ihre politische Programmatik ist dabei jedoch keineswegs konsistent, da sich inzwischen zahlreiche Splittergruppen und Fraktionen gebildet haben (siehe Übersicht 1).

Trotz der vorteilhaften Bedingungen, dass sich die Mehrzahl der Parlamentsabgeordneten aus demselben politischen Lager rekrutiert, sind die politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Ahmadinejad wie bei allen seinen Vorgängern durch die Eigenheiten des politischen Systems der Islamischen Republik begrenzt. Seine Kompetenzen werden vor allem vom Vali-ye Faqih, dem „Rechtgeleiteten“ (dem obersten religiösen Führer), und den beiden legislativen Organen, dem Parlament und dem Wächterrat, beschränkt (vgl. Moslem 2002). Zudem stand Ahmadinejad seit seiner Regierungsübernahme unter Druck, die in ihn gesetzten Erwartungen des konservativen Lagers und seiner Unterstützer zu erfüllen. An eine konservative Dominanz in allen wählbaren politischen Organen knüpften sie die Hoffnung, die politische und wirtschaftliche Krise, in der sich die Islamische Republik seit dem Ende des Iran-Irak-Krieges befindet, zu überwinden. Damit sollte die seit dem Tod Ayatollah Khomeinis entstandene Legitimitätskrise der Islamischen Republik bewältigt werden (Schirazi, 2007).

Indessen rief Ahmadinejad bereits mit der Wahl seiner Regierungsmannschaft erste Kritiker auf den Plan. Nahezu alle Schlüsselministerien (Innen-, Geheimdienst-, Verteidigungs-, Handels-, Energie- und Industrieministerium sowie Ministerium für Kultur und islamische Führung) besetzte er mit Personen, die in den Geheimdiensten, im Militär oder in paramilitärischen Vereinigungen Karriere gemacht hatten und/oder als ausgesprochene Hardliner gelten.

[1] www.ahmadinejad.ir/.

[2] Ahmadinejad ist fest davon überzeugt, dass ein „wirklicher“ Muslim auch ein erfolgreicher Geschäftsmann und guter (politischer) Führer ist.

Übersicht 1: Die gegenwärtig wichtigsten politischen Gruppen

Radikal-konservative Gruppen:

- Gruppe der Anhänger der Islamischen Revolution (gegründet 1997 nach Wahlsieg der Reformer): Mahmud Ahmadinejad, Ayatollah Mesbah-Yazdi
- Prinzipienfeste (gingen aus der Gruppe der Anhänger der Islamischen Revolution hervor, bezeichnen sich selbst als „Neokonservative"), aus ihren Reihen wiederum kommen:
- Koalition der Erbauer des Islamischen Iran
- Angenehmer Duft des Dienens (Gruppe um Mahmud Ahmadinejad)
- Befürworter des echten Fundamentalismus (neue Splittergruppe im Parlament, die sich von der Regierungsfraktion trennte): Akbar A'lami
- Fraktion des Konsenses und der Durchsetzung (pragmatisch orientiert): Mohsen Reza'i, Mohammad-Bagher Ghalibaf

Konservative Gruppen:

- Gesellschaft der kämpfenden Geistlichkeit (pragmatisch-konservativ): Ayatollah Ali Khamenei, Hassan Rouhani
- Partei der Diener des Aufbaus (pragmatisch, oft auch als reformorientiert bezeichnet): Ayatollah Ali-Akbar Hashemi-Rafsanjani

Reformorientierte Gruppen:

- Versammlung der kämpfenden Geistlichen: Ayatollah Mohammad Khatami, Ayatollah Mohammad Mousavi-Khoeiniha
- Partizipationsfront des Islamischen Iran: Seyyed Mohammad-Reza Khatami
- Organisation der Glaubenskämpfer der Islamischen Revolution: Behzad Nabavi, Mohammad Salamati
- Partei des nationalen Vertrauens: Mehdi Karrubi, Elias Hazrati
- Front für Demokratie und Menschenrechte: Mostafa Moin

Bei der Auswahl seines Kabinetts spielten aber noch weitere Kriterien eine Rolle: Ahmadinejad selbst gilt als außerordentlich fleißig und (dienst)beflissen. An diesem Maßstab misst er auch seine Minister und Mitarbeiter. Bei der Besetzung der Ministerposten legte er weniger Wert auf Hintergrund und Expertise der Kandidaten als vielmehr auf die sorgfältige und unverzügliche Verrichtung der jeweiligen Aufgaben. Infolgedessen lehnte das Parlament vier von 21 der von ihm vorgeschlagenen Minister ab, weil es sie für nicht geeignet hielt. Die Besetzung des Postens des Erdölministers geriet zu einer Farce: Erst der vierte der von Ahmadinejad präsentierten Kandidaten erhielt schließlich die Zustimmung der Volksvertreter.[3]

[3] Beim vierten und schließlich akzeptierten Kandidaten handelt es sich um Seyyed Kazem Vaziri-Hamaneh, der bereits in Khatamis Regierung Erdölminister war (Shargh, 13.12.2005). Die ersten drei vorgeschlagenen Kandidaten waren allesamt enge Freunde Ahmadinejads, zwei von ihnen mit engen Verbindungen zu den Revolutionswächtern. Alle drei hat er dennoch in seinen Mitarbeiterstab integriert, indem er ihnen Posten als Vizepräsident und Berater verschafft hat.

Dieser Vorfall ist einmalig in der Geschichte der Islamischen Republik und legte früh offen, dass das Lager der konservativen Radikalen kein monolithischer Block ist.

Ahmadinejad wird weiter vorgeworfen, sich nur auf einen engen Kreis von Vertrauten zu stützen, die nicht nur über wenig Fachwissen, sondern vor allem über eine zementierte feindselige Haltung gegenüber Andersdenkenden verfügen. Parlamentarier kritisieren zudem seine populistische Wirtschaftspolitik. Offen werfen sie dem Präsidenten Dirigismus, Abenteuerlichkeit, Unüberlegtheit und Aktionismus vor. Nicht zuletzt hat Ahmadinejad einflussreiche Kleriker durch seine Ankündigungen, gegen Wirtschaftsverbrecher und Korruptionsprofiteure vorgehen zu wollen, gegen sich aufgebracht. Diese Kritikpunkte haben die Spannungen zwischen dem Parlament und der Regierung soweit verschärft, dass sich im Januar 2007 eine Gruppe der Extremfundamentalisten von der Regierungsfraktion abspaltete. Trotz aller Kritik an der verschwenderischen Haus-

haltspolitik des Präsidenten wurden bisher jedoch beide vorgestellten Jahreshaushaltspläne vom Parlament verabschiedet.

Ahmadinejad spaltet nicht nur das Parlament, sondern das gesamte konservative Lager. Während einflussreiche Kleriker wie Ayatollah Ahmad Jannati (Präsident des Wächterrats und Mitbegründer des Haghani-Seminars) und Ayatollah Mohammad Taghi Mesbah-Yazdi (einflussreicher radikaler Kleriker und Leiter des Haghani-Seminars) auf seiner Seite stehen, fühlen sich andere von seinen Antikorruptionsparolen und seiner Selbstinszenierung als „heilbringender Günstling des zwölften Imams" abgeschreckt (Ayande-ye nou, 15.1.2007). Deutlich wurde der Bruch innerhalb der Konservativen bei den Wahlen zu den Kommunalräten und der Expertenversammlung (Majles-e Khobregan-e Rahbari) im Dezember 2006. Nahezu alle teilnehmenden Gruppen platzierten den Pragmatiker Rafsanjani an der Spitze ihrer Listen, während die Anhänger Ahmadinejads, die sich unter dem Namen „Angenehmer Duft des Dienens" (Rayehe-ye Khosh-e Khedmat) formierten, Ayatollah Mesbah-Yazdi, den spirituellen und politischen Ratgeber des Präsidenten, unterstützten (International Crisis Group 2007: 17). Letztlich errang Rafsanjani bei der Wahl zum Expertenrat Platz 1 in Teheran, während Mesbah-Yazdi nur auf Platz 6 kam. Ähnlich stellten sich die Ergebnisse bei den Kommunalwahlen dar.

Bei der Spaltung der Konservativen in Gegner (wie den Vorsitzenden des Rates für die Feststellung nationaler Interessen Hashemi Rafsanjani, den Obersten Justizchef Mahmud Hashemi Shahroudi und den Teheraner Oberbürgermeister Mohammad Bagher Ghalibaf) und Befürworter spielt der oberste Revolutionsführer Ayatollah Khamenei eine ausgleichende Rolle. Im Unterschied zur Präsidentschaft Khatamis kann er nun wieder seine Position als Vermittler zwischen den Fraktionen wahrnehmen, was seinen Stand als oberster Führer stärkte. Hatte er anfangs die neue Regierung als „beste Regierung der letzten 100 Jahre" gepriesen, musste Khamenei den neuen Präsidenten bald mehrfach aufgrund seiner aggressiven verbalen Ausbrüche gegen Israel diskret zur Mäßigung rufen und in dessen Wirtschaftspolitik intervenieren. Klar ist, dass zwischen Präsident und Oberstem Führer Unterschiede in Stil und Ansatz der Politik bestehen, substanzielle politische Entscheidungen kann Ahmadinejad aber nicht ohne Billigung Khameneis treffen.

3. Hohe Erwartungen und Einlösung der Wahlversprechen

Den Kampf gegen die Korruption machte Ahmadinejad zu seinem zentralen Wahlkampfthema. Nach der Amtsübernahme begann er eine Kampagne der Korruptionsbekämpfung, die sich vor allem darauf stützte, Namen der Korruption verdächtigter oder überführter Personen bekannt zu geben. Jede Woche wurden neue Erfolgsmeldungen der Strafverfolgung verkündet. Dieses Vorgehen brachte ihm vielseitige Kritik ein. Ein Machtwort sprach letztendlich der Oberste Generalstaatsanwalt Ayatollah Qorbanali Dorri Najafabadi, der dem Präsidenten solche Aktionen ohne Genehmigung der juristischen Instanzen untersagte. Dieses Verfahren war zudem völlig halbherzig: Weder wurden die wirklich großen Korruptionsfälle offen gelegt noch die Verwicklungen hochrangiger Revolutionswächter in illegale Schmuggelaktivitäten aufgedeckt. Auch wurde ein angekündigtes Sondertribunal für die Verurteilung von Korruptionsfällen nicht eingerichtet. Ein weiteres delikates Detail lässt an Ahmadinejads Aufrichtigkeit im Kampf gegen die Korruption Zweifel aufkommen: Sein älterer Bruder Davud Ahmadinejad, den er zum Chef des präsidialen Kontrollbüros machte – in dieser Funktion ist er für die Untersuchung von Korruption in der Regierung verantwortlich –, wurde im Juli 2006 beschuldigt, selbst in Korruptionsfälle im Kontrollbüro des Bürgermeisteramtes während Ahmadinejads Amtszeit verwickelt gewesen zu sein (International Crisis Group 2007: 5).

Mangelnde Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung kompensiert Ahmadinejad mit einer „Politik der Transparenz und Volksnähe". So fährt er alle zwei Wochen mit seinem Kabinett in eine der 30 iranischen Provinzen, um dort volkstümliche und willkommene Kabinettsbeschlüsse medien- und öffentlichkeitswirksam zu verkünden. Innerhalb seines ersten Amtsjahres hat er 24 Reisen in mehr als 160 Städte unternommen (E'temad-e melli, 25.7.2006). Sie sind ein Mikrokosmos seines populistischen Regierungsstils (International Crisis Group 2007: 22). Ahmadinejad rekurriert in seinen charismatischen mitreißenden Ansprachen vor tausenden begeisterten Zuhörern auf die immer gleichen kohäsionsstärkenden Themen: nationale Ehre und Stolz, äußere Feinde sowie nationales Recht auf Fortschritt. Finanziert werden seine Provinzreisen aus dem Erdölstabilisierungsfonds, der unter der Regierung Khatami eingerichtet wurde, um aus den hohen Erdöleinnahmen Rücklagen zu bilden. Getreu seinem

Wahlversprechen, die ländliche Entwicklung zu fördern, hat der Präsident immer großzügige Geldzusagen für Städte und Provinzen in seinem Reisegepäck. Für die Verwendung der Gelder werden vorher Bedarfsanalysen durchgeführt, die nötige infrastrukturelle Projekte ermitteln sollen. Ob die versprochenen Gelder tatsächlich der Provinzverwaltung zur Verfügung gestellt werden, bleibt indes fraglich. Tatsache ist jedoch, dass das Verfahren der Geldbewilligung auf Provinzebene durch die Organisation für Planung und Verwaltung (OPV) seit ihrer Umstrukturierung im persischen Jahr 1385 (21.3.2006-20.3.2007) vereinfacht wurde. Die Provinzverwaltungen der OPV wurden dem Innenministerium unterstellt, erhielten aber gleichzeitig Regierungsbefugnisse, die bisher im Wirtschafts- und Handelsministerium angesiedelt waren. Indem die Provinzbüros nun stärkeren Einfluss auf die Geldervergabe haben, wurde die Vergabepraxis quasi dezentralisiert (Middle East Economic Survey, 6.11.2006).

Ahmadinejad sieht seine Aufgabe als Regierungsoberhaupt im autoritären Dirigieren der wirtschaftlichen Arena, um den unteren sozioökonomischen Schichten, den so genannten „Entrechteten" (Mosta'zafin), Gerechtigkeit und Wohlstand zuteil werden zu lassen. Er sieht die Lösungen für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes in der Stärkung und Vertiefung der Rolle der Regierung als Förderin, Führerin und Fürsprecherin kleiner Betriebe und Unterprivilegierter. Vor diesem Hintergrund sind seine populistischen Wirtschaftsprojekte zu erklären. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit erließ er entsprechend seinem Wahlversprechen, „den Leuten die Erdöleinnahmen auf den Tisch zu bringen", ein Gesetz zur Einrichtung eines Wohltätigkeitsfonds. Unter dem Namen Imam Reza Care Fund sollte dieser ein Volumen von 1,3 Mrd. US$ aus den Anteilen der Nationalen Erdölgesellschaft sowie aus dem Erdölstabilisierungsfonds erhalten. Ursprünglich sollte mit diesem Fonds jungen Leuten geholfen werden, eine Arbeitsstelle zu finden oder sich eine Hochzeit leisten zu können. Letztlich wurden drei Fonds gegründet: einer zur Beschäftigungsbeschaffung, einer zur Förderung ländlicher Entwicklung und einer für Jungverheiratete (der so genannte Imam Reza Genossenschafts-, Beschäftigungs- und Heiratsfonds). Diese Fonds stellen Niedrigzins- und zinslose Kredite zum Aufbau von Kleinstbetrieben, zur Familiengründung oder auch zum Hausbau bereit.

Das zweite populistische Verteilungsprogramm der neuen Regierung sah die Ausgabe so genannter „Gerechtigkeitsaktien" an Geringverdiener vor. Mehr als vier Millionen Iraner erhielten Anteile an staatlichen Unternehmen im Wert von 2 Mrd. Euro. Aufgrund der geringen Gewinnmarge staatlicher Betriebe schätzen Wirtschaftsfachleute jedoch, dass die jährliche Gewinnausschüttung pro Person nur etwa 16 US$ betragen wird. Es bleibt daher fraglich, für wie lange sich Ahmadinejad mit solchen Beteiligungen Loyalität erkaufen kann.

Das Ziel, die reale Kaufkraft der Bevölkerung zu steigern, verfolgte Ahmadinejad mit der Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne um bis zu 40 %. Es folgte die Entlassung von mehr als 200.000 Arbeitern, weil die Unternehmen ihrerseits die staatlich festgeschriebenen Preise nicht erhöhen konnten. Mit demselben Dirigismus versucht er, Gegenmaßnahmen durchzusetzen, die die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen ausgleichen sollen. So wurde im Mai 2007 ein Gesetz erlassen, wonach beim Verkauf ausländischer Handymodelle 60 % des Verkaufspreises an den Staat abgeführt werden müssen. In der Folge stieg zwar die Attraktivität iranischer Handymodelle, für viele Handyverkäufer lohnt sich jedoch das Geschäft nicht mehr.

Auch die Limitierung der Benzinabgabe auf drei Liter pro Tag je Autobesitzer ist vor diesem Hintergrund plausibel. Der Import von Benzin ist die Achillesferse des Landes: Etwa 40 % des täglichen Gesamtverbrauchs an Benzin (75 Mio. Liter) im Wert von 7,5 Mrd. US$ müssen eingeführt werden (Keyhan, 10.6.2007). Sollten weitere Sanktionen Druck auf Irans Handelspartner ausüben, könnte der Benzinimport empfindlich gestört werden. Ahmadinejad rechtfertigt die Limitierung der Benzinabgabe damit, dass sich das Land damit von weiteren Sanktionen unabhängig gemacht habe (Energy Compass, 6.7.2007).

Viele seiner wirtschaftlichen Entscheidungen, mit denen er darauf abzielt, die Lebensbedingungen der armen Bevölkerung zu verbessern, haben auf dem Markt gegenteilige Reaktionen hervorgerufen, die ihn letztlich gezwungen haben, seine Politik umzusteuern. Das Fazit seiner zweijährigen Wirtschaftspolitik sieht dementsprechend negativ aus: Die Inflationsrate ist im persischen Jahr 1385 (das am 20.3.2007 endete) auf 15 % gestiegen. Verursacht wurde sie durch die große Geldmenge, die aufgrund des verschwenderischen Umgangs mit den Erdöleinnahmen und der angeordneten Zinssenkungen in Umlauf ist. Folge war im letzten persischen Jahr ein massiver Preisanstieg, der vor allem den Lebensmittel-, aber auch den Wohnungsmarkt erfasste. Bereits jetzt ist

absehbar, dass sich mit der Rationierung des Benzins ein entsprechender Schwarzmarkt entwickeln wird, der die Inflationsrate weiter anheizen wird (E'temad-e melli, 5.7.2007).

Unüberlegt und kurzsichtig ist auch die übermäßige Finanzierung der Regierungsprojekte mit Geldern aus der Erdölindustrie. Hier zeigt sich ein Teufelskreis: Die Erdölförderung das Landes ist stark rückläufig, weil versäumt wurde, die hohen Einnahmen früherer Zeiten in den Erdölsektor zu reinvestieren. Wenn die Erdöleinnahmen weiterhin zweckentfremdet werden, kann die Förderung bis 2015 versiegen (Stern 2007). Eine Diversifizierung der Wirtschaft ist wiederum nur möglich, wenn die Privatwirtschaft gestärkt wird. Ahmadinejads Direktive läuft diesem Trend gerade entgegen. Daher sah sich Revolutionsführer Ayatollah Khamenei im Juli 2006 genötigt, ein Dekret zur Privatisierung der Staatsbetriebe zu erlassen. Sie soll sich vor allem auf den Erdölsektor, die Kupfer- und Stahlindustrie, die Schiff- und Luftfahrt sowie das Banken- und Versicherungswesen konzentrieren. Der Direktor der Privatisierungsorganisation machte jedoch deutlich, dass jährlich mindestens 75-80 Mrd. US$ in das Land investiert werden müssten. Allein für die Entwicklung des Erdöl- und Erdgassektors wäre diese Investitionsmenge nötig. Doch genau hier liegt das Problem: Die Investitionsrate ist im letzten Jahr, bedingt durch die verhängten Sanktionen, merklich zurückgegangen.[4] Für ausländische Geschäftsleute ist das Investitionsrisiko in Iran stark angestiegen. Die iranische Wirtschaft verharrt damit auch weiterhin in einer Lethargie, die sich um die „mühelos" verdienten Erdöleinnahmen dreht.

4. Zurück zur Kulturrevolution?

Ahmadinejad hat unmittelbar nach seinem Wahlsieg mit seinen Parolen zur Wiederbelebung der wahren Ideale der islamischen Revolution in religionspolitischer Hinsicht schlimmste Befürchtungen geweckt. Wie erwartet kam es zu einer Zunahme der Repression. Das Ministerium für Kultur und Islamische Führung hat sich wieder zu der Kontrollinstanz zurückentwickelt, die es vor der Regierungszeit Khatamis war. Im ersten Regierungsjahr hielt es sich noch mit Zeitungsverboten und ausgeprägter Zensurpolitik zurück. Der Oberste Rat für die Kulturelle Revolution hingegen erließ gleich im Oktober 2005 ein Dekret, das die Produktion und Darstellung von Filmen mit „säkularem, liberalem, nihilistischem oder feministischem" Inhalt unter Strafe stellte. Dieses Dekret ist symptomatisch für die allgemeine Verhärtung der Innenpolitik. In diesem Kontext ist auch die Kampagne gegen die Satellitenantennen auf Privathäusern zu sehen. Nach einer Schonfrist von einem Regierungsjahr begann das Ministerium für Kultur und islamische Führung schließlich mit seiner Durchsetzung von Publikationsverboten.

Auch die Zahl der Verhaftungen prominenter Regimekritiker hat sich im letzten Jahr erhöht. Die verschärfte Unterdrückung scheint dabei einer Strategie zu unterliegen: Mit hartem Vorgehen gegen eine politisch aktive Minderheit der Unzufriedenen soll verhindert werden, dass die politisch inaktive Mehrheit der Unzufriedenen mobilisiert wird. Diesem Grundsatz folgend, wurden Proteste von Kritikern (Studenten, Frauen, Arbeiter, Lehrer, Gewerkschaftsaktivisten) brutal niedergeschlagen und endeten mit zahlreichen Verhaftungen. Seit Beginn des persischen Jahres 1386 (das am 21.3.2007 begann) stieg der Verfolgungsdruck weiter an. Spürbar wird die wachsende Repression auch an den zunehmenden Hinrichtungen: Im vergangenen Jahr wurden 177 Personen hingerichtet, 2007 wurden bis zum Sommer bereits 124 Menschen exekutiert (Amnesty International 2007: 141).

Für das innenpolitische Klima bedeutsam ist die Aufrüstung der Polizeiorgane. Durch Erhöhung ihres Budgets konnte vor allem die Patrouillenpolizei zur Überwachung der Sittlichkeit und der sozialen Korruption (Gasht-e Mobareze Ba Mafasede-ye Ejtema'i) mit Fahrzeugen und Personal aufgestockt werden. Sukzessive verstärkt wurde die Überwachung des Verhaltens Jugendlicher und der Frauenbekleidung, vor allem in den Provinzstädten. Seit Beginn des persischen Jahres 1386 kam es landesweit zu Kontrollmaßnahmen. Die Patrouillenpolizei errichtete Kontrollposten an großen Straßen, an denen sie Frauen mit ungenügender Verhüllung verhafteten. In Teheran fuhren Polizeieinheiten mit Bussen vor Nord-Teheraner Restaurants und Cafés vor. Das Thema Hejab (vorgeschriebene Verhüllung der Frau) beherrschte daraufhin wochenlang die iranischen Medien. Zwar wird in Iran jährlich vor Beginn der Sommerhitze eine Warnkampagne zur Einhaltung der Kleidervorschriften aufgelegt, dieses Jahr war sie jedoch dominanter, dauerhafter und allgegenwärtig. Festnahmen wurden medienwirksam inszeniert und richteten sich auch gegen modisch gekleidete junge Männer. Weiter wurde die Kampagne begleitet von

[4] Während die Summe jährlicher ausländischer Investitionen 2003 noch bei 482 Mio. US$ lag, betrug sie schon 2005 nur noch 30 Mio. US$.

der Diskussion neuer Vorschläge bezüglich der Geschlechtersegregation in der Öffentlichkeit.

Die Zivilgesellschaft wurde unter Ahmadinejads Regierung stark geschwächt. Denn dieses Engagement läuft seinem Anspruch im Hinblick auf starke staatliche Kontrolle zuwider. Die Repressionsdynamik erinnert an die Religions- und Kulturpolitik der ersten Phase der Islamischen Republik (1979-1989), oft als „Konsolidierungsphase" bezeichnet. In dieser Phase konnten Kritiker mit Verweis auf den Iran-Irak-Krieg in Schach gehalten werden. Unterdrückung wurde mit dem Hinweis darauf, dass Kritiker allesamt Kollaborateure des Feindes oder Konterrevolutionäre seien, mundtot gemacht und verfolgt. Heute stellt sich die Situation ähnlich dar, nur dass dieses Mal das kohäsionsschaffende Argument vom Außenfeind mit Bezug auf den Atomkonflikt bemüht wird. Zu Ahmadinejads gesellschaftlichen Kritikern zählen vor allem Intellektuelle, Künstler, Jugendliche, Studenten, Frauen sowie Liberale und westlich Orientierte. Mit seinen Forderungen nach Bewahrung der islamischen Werte und seiner religiös-revolutionären Rhetorik hat Ahmadinejad aber auch eine Masse von Anhängern in der Bevölkerung hinter sich. Es sind vor allem die Mosta'zafin, die unteren Schichten, teils auch traditionsorientierte Basarhändler und gebildete fundamentalistische Nationalisten (hauptsächlich aus den Natur- und technischen Wissenschaften), die in der Revolution für den Islam gekämpft haben. Diese Gruppen weiß Ahmadinejad auch aufgrund des von ihm vertretenen messianisch-schiitischen Volksislam hinter sich.

5. Fazit

Die radikal-konservative Regierung unter Mahmud Ahmadinejad hat sowohl gesellschaftlich polarisiert als auch Spannungen innerhalb des fundamentalistischen Lagers verstärkt. Die am Anfang seiner Amtszeit viel gepriesene konservative Dominanz in allen wählbaren Institutionen des politischen Systems ist einer Panik bei den klerikalen Machthabern gewichen. Diese gründet sich darauf, dass die neue Regierung die alte Legitimitätsfrage bislang nicht konstruktiv lösen konnte. Hieraus könnte langfristig die Gefahr erwachsen, dass auch die Basis des Regimes, die Mosta'zafin, aus denen sich auch größtenteils die (para)militärischen Sicherheitsorgane rekrutieren, wegbricht. Diese Basis hält Ahmadinejad mit seinen wirtschaftlichen Versprechungen (noch) bei der Stange. Dabei hat er aber einen enormen Erwartungsdruck bei der bedürftigen Bevölkerung ausgelöst, dem das Regime kaum gewachsen scheint.

Wie sich die Geschicke des Landes in den nächsten zwei Jahren der Amtszeit Ahmadinejads weiter entwickeln werden, hängt aber nicht zuletzt auch vom Ausgang der Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 ab. Sollten hier die sich zu neuen Koalitionen vereinten und neu aufgestellten Reformer und Pragmatiker den Sieg davontragen, werden sich die Spannungen zwischen Regierung und Parlament kaum abmildern. Eventuell wäre auch eine Neuauflage der Blockadepolitik durch das Parlament nur unter umgekehrten Vorzeichen denkbar. Dann würde eine mehrheitlich aus moderaten Kräften zusammengesetzte Legislative eine radikalfundamentalistische Regierung blockieren. Würde dieses Wahlergebnis eintreten, wären die Radikalkonservativen an einem weiteren Vormarsch in Richtung der absoluten Herrschaft gehindert.

Im konservativen Lager wird indessen die Auseinandersetzung zwischen den Generationen und Fraktionen eine Gruppe hervorbringen, die für die nächste Zeit bestimmend sein wird. Bleiben werden wohl islamische und nationalistische Vorstellungen als handlungsleitende Prämissen.

Das alles bedeutet jedoch keinesfalls, dass die Regierungstage von Ahmadinejad schon gezählt sind. Da der Sanktionsdruck inzwischen erste Wirkungen zeigt, wäre indes eine subtile und geschickt angelegte Offenlegung der Regierungsfehler durch die westlichen Staaten eher angeraten, als den Außendruck (insbesondere militärisch) zu verstärken. Letzteres würde dem Präsidenten insofern in die Hände spielen, als er sich auch weiterhin seiner nationalistisch-islamischen Rhetorik bedienen und damit sein Legitimationsdefizit kompensieren kann.

Literatur

Amnesty International (2007): Amnesty International 2007 Report: The State of the World's Human Rights.

Coville, Thierry (2007): Iran, la révolution invisible, Paris.

International Crisis Group (2007): Iran: Ahmadinejad's Tumultuous Presidency, Middle East Briefing, Nr. 21, Tehran/Brussels.

Moslem, Mehdi (2002): Factional Politics in Post-Khomeini Iran, New York.

Schirazi, Asghar (2007): Die Krise des Systems, in: Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (INAMO), 13:2, Heft 50, S. 4-8.

Stern, Roger (2007): The Iranian Petroleum Crisis and United States National Security, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, 104:1, S. 377-382.

Die Autorin

Janet Kursawe M.A. ist Doktorandin im Fach Politische Wissenschaft am GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES) und an der Universität Hamburg. Sie ist zugleich Lehrbeauftragte am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg. Mehrere Forschungsaufenthalte in Iran, zuletzt von März bis Juni 2007.
E-Mail: kursawe@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/kursawe.

Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Autorin forscht im Rahmen ihres Promotionsthemas („Drogen als Sicherheitsbedrohung? Eine vergleichende Analyse der Drogenpolitik Afghanistans, Pakistans und Irans") vertiefend zu den Entwicklungsprozessen in Iran. Iran ist außerdem Fallbeispiel mehrerer zurzeit laufender Forschungsprojekte am GIGA („Neue Regionale Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Mittleren Osten", „Risiko Ressourcenreichtum? Zur Bedeutung von Kontextbedingungen für den Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und Gewalt in Nicht-OECD-Staaten").

GIGA/DÜI-Publikationen zum Thema

Fürtig, Henner (2006): Zurück zu Khomeini? Ahmadinejads antiisraelische Rhetorik zwischen Politik und Propaganda, GIGA Focus Nahost, Nr. 11.

Kursawe, Janet (2006): US-Regierung spielt Teheran in die Hände, Deutsche Welle, 28.04.2006, www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1983207,00.html.

Kursawe, Janet (2005): Mahmud Ahmadinejad. Sechster Präsident der Islamischen Republik Iran, in: Orient, 46. Jg., Nr. 3, S. 345-358.

Kursawe, Janet (2005): Drogen als Sicherheitsrisiko. Die Drogenpolitik Irans vor dem Hintergrund steigender Konsumentenzahlen, Kongressbeitrag, in: DAVO Nachrichten, Mainz, Band 22, Dezember, S. 20.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.
Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien